

476/AE XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Evelin Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

betreffend Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs für PendlerInnen, speziell in der Ostregion

In den letzten Jahren ist es trotz der zaghaften Ansätze zu einer sachgerechten Neuordnung von Organisation und Finanzierung des Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs zu massiven Erschwernissen und Mehrbelastungen der Pendlerinnen und Pendler gekommen. Einerseits wurde das Angebot speziell im Schienenbereich auf zahlreichen Strecken quantitativ eingeschränkt und qualitativ verschlechtert, andererseits ist es vielfach zu gravierenden Tarifierhöhungen gekommen. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Verkehrsverbund Ostregion, in dem die Tarife für Zeitkarten in pendlerInnenrelevanten Relationen um bis zu 130% innerhalb von 10 Jahren und um rund 30% alleine seit 1998 angehoben wurden. Dies steht in diesem Ausmaß jedenfalls in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung. Damit erfährt der ÖPNRV in den allermeisten Verkehrsbeziehungen zwischen dem weitgefaßten Umland und Wien und dem Umland einen gravierenden Wettbewerbsnachteil. Zudem wird in diesem Weg die Individualverkehrsproblematik in der gesamten Ostregion unnötigerweise weiter verschärft. Über derartig fahrlässig geschaffene „Sachzwänge“ wird der Weg für volkswirtschaftlich unsinnige und ökologisch desaströse Straßenbauprojekte wie eine B301, eine A5, eine Spange Kittsee und andere mehr bereitet, die nichts daran ändern, daß PendlerInnen große Sicherheitsrisiken auf sich nehmen müssen und erst recht im Stau stehen.

Nach Ansicht der Grünen ist neben der forcierten Fortsetzung und einem zügigen Abschluß der Neustrukturierung der Verkehrsverbünde speziell in der Ostregion und der grundlegend geklärten und vereinfachten Neugestaltung der Organisation und Finanzierung in ganz Österreich das Prüfen konkreter Schritte zur Erleichterung der Situation der PendlerInnen nötig. Eine vergleichsweise einfache und rasch umsetzbare Möglichkeit auch im Sinne eines tatsächlich umfassenden Verständnisses von Kostenwahrheit und Transparenz wäre in der Ostregion und speziell in Wien eine deutlich stärker differenzierte Preisbildung. Hierbei wäre insbesondere die Möglichkeit prüfenswert, daß PendlerInnen innerhalb der Kernzone des VOR nur eine wesentlich günstigere Streckenkarte und nicht eine Netzkarte beziehen zu müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie möge im Zuge der Verhandlungen über Ausmaß und Modalitäten der weiteren Vergabe von Bundesmitteln an die Verkehrsverbünde vorrangig auf die Sicherung und wo nötig Wiederherstellung der preislichen Attraktivität des Angebots im Öffentlichen Verkehr speziell für Berufs - und BildungspendlerInnen drängen. Insbesondere möge angesichts der beträchtlichen Bundesmittel, die in den Verkehrsverbund Ostregion fließen, von Bundesseite dringlich die Einführung günstiger Streckenkarten in der Kernzone (Wien) für PendlerInnen geprüft werden, um die unzumutbaren Mehrbelastungen der PendlerInnen durch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Tarife zu verringern.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.